



## Bericht zur Bezirksvorständetagung des VDFP in Landau/Pfalz



Bezirksvorständetagung  
des  
Verbandes Deutscher  
Fernmeldetechniker e.V.  
Landau / Pfalz,  
19. – 21. April 2013

Wir heißen alle unsere Gäste und  
Delegierte aus dem gesamten  
Bundesgebiet recht herzlich  
willkommen.

Am Wochenende, 19. – 21.04.2013, veranstaltete der Verband Deutscher Fernmeldetechniker e.V. (VDFP) seine alle zwei Jahre stattfindende Bezirksvorständetagung im Kurpfalzhotel in Landau.



Der Bezirksverbandsvorsitzende Günter Kries, des veranstaltenden Bezirksverband Pfalz, begrüßte die Delegierten aus allen Bezirken, sowie die Gäste, Herrn Jürgen Klein von der DPVKOM, Herrn Lothar Schmid von ver.di, Herrn Professor Dr. jur. Christian Koch von der Uni Speyer, sowie Herrn Oberbürgermeister Hans-Dieter Schlimmer der Stadt Landau zur Bezirksvorständetagung und wünschte einen angenehmen Aufenthalt. Er wies noch auf die geplante Besichtigung des Geothermiewerkes hier in Landau am Samstag hin, und sprach auch die Problematik mit und um das Kraftwerk an, und übergab **Herrn Oberbürgermeister Schlimmer das Wort.**



Mit dem Spruch, "Ich bin nicht wie die anderen, ich bin Schlimmer", hatte der OB die Lacher sofort auf seiner Seite. Er wies auf das breite Tätigkeitspektrum eines OB hin, war zuvor im Landauer Zoo, hatte dort ein Freigehege für Landschildkröten eingeweiht. "Sie als Berufsverband sind gerne gesehene Gäste hier in Landau und sollten auch unsere Innenstadt besichtigen."

Der OB gab einen kurzen Überblick über seine 45.000 Einwohner zählende Stadt hier in Rheinland-Pfalz, und wies auf die wechselvolle Geschichte der grenznahen Stadt zum Elsass hin. Die Stadt biete die Möglichkeit einer guten Verkehrsanbindung und die Nähe zum Großraum Karlsruhe. Als Kreisfreie Stadt mit einer Uni sei Landau eine kleine Beamten- Lehrers Stadt und Teil des Landkreises Südliche Weinstraße. Nach der Landesgartenschau im nächsten Jahr werde das ehemalige Kasernengelände der französischen Besatzungsmacht als Wohngebiet aufgewertet. Heute schon pflege Landau mit zwei

französischen Partnerstädten die deutsch-französische Freundschaft. Die ehemaligen Befestigungsanlagen auf dem Gelände der französischen und auch bayerischen Kasernen wurden geschleift, um Platz für die Stadtentwicklung zu erhalten. Landau wächst, gegen den Trend im Bundesgebiet! Dort, wo bisher die Kasernen standen, sollen nach der Landesgartenschau Wohnungen entstehen. Auch darf hier in der Pfalz natürlich nicht der regionale Wein vergessen werden. Hier gab es in den letzten Jahren, dank gut ausgebildeter Winzer, einen Quantensprung in der Qualität. Er sprach noch die Südpfalzwerkstatt an, welche für die Integration für Menschen mit Behinderung, wie hier im Kurpfalzhotel, eine Perspektive biete, und schloss sein Grußwort.

Günter Kries bedankte sich für das Grußwort beim Oberbürgermeister und übergab das Wort an den **Bundesvorsitzenden des VDFP, Franz Roschkowski.**



Franz Roschkowski wünscht allen einen Guten Tag und dankt ebenfalls Herrn OB Schlimmer für sein Grußwort. Im Namen des Bundesvorstandes (BuVo) begrüßte er die Delegierten aus allen Bezirksverbänden, sowie namentlich die Gäste. Er sprach die Delegierten aus allen Bezirken an, welche hierher gekommen seien, um sich über die Erfahrungen in der bezirklichen Arbeit auszutauschen, und Anregungen für die Arbeit vor Ort mitzunehmen. Als Themen des VDFP riss er kurz die Vorenthaltung von Rentenansprüchen, die bis zur Vollendung des 17. Lebensjahres erworben werden an, und sagt dazu, dass durch die derzeitige grundsätzliche Anwendung des §55, Anrechnung

/Streichung bzw. Wandlung in Ruhensbetrag aller erreichten Rentenbezüge der Sozialversicherung bei der Höchstbetragsberechnung, Versorgungsempfänger gegenüber Renteneempfänger stark benachteiligt werden. Roschkowski sagte weiter dass in unserem Fall Berufsanfänger (früher ab 14. Lebensjahr) die über den Weg der Rentenversicherung Leistungsansprüche erworben haben durch die Höchstgrenzenberechnung des Beamtenversorgungsgesetzes §55 nicht anerkannt werden. Es werden alle finanziell bestraft, die eine lange Berufstätigkeit vorweisen können, weil angeblich bei der



Anerkennung eine Überversorgung vorliegen soll. Diese Petition liegt schon seit mehreren Jahren dem Deutschen Bundestag zur Entscheidung vor. Bis heute hat sich in dieser Angelegenheit nichts bewegt. Roschkowskis Vorschlag ist, dass diese vorenthaltenen Beträge als Ehrensold ausgezahlt werden sollten.

Roschkowski weiter: Weiterhin möchte der VDFP, dass folgende Punkte in unserer Ellbogengesellschaft mehr in den Mittelpunkt gestellt werden, als nur die Maximierung von Gewinnen.

Hier, die maßgeschneiderten Forderungen des VDFP:

- zukunftsorientierte Arbeitsplätze
- vielseitige berufliche Perspektiven
- kontinuierliche Fortbildung
- Zugang zu allen Arbeitsgebiete
- Partnerschaftliche Berufstätigkeit

Er beendete sein Grußwort mit dem Wunsch für alle beteiligten Kollegen, dass sie ein informatives und spannendes Vorsitzendentreffen 2013 mit vielen guten zukunftsweisenden Ideen und Nutzen für die Bezirksverbände hier abhalten sollen.



#### Es folge das **Grußwort von Herr Jürgen Klein, DPVKOM**

Jürgen Klein bedankte sich im Namen der DPVKOM für die Einladung, und fügt hinzu dass er bei der Regionalgeschäftsstelle hier in Landau beheimatet sei. Jürgen Klein ist als freigestellter Betriebsrat bei der Telekom – Technik im Südwesten in Karlsruhe tätig. Als Mitglied im VDFP war er schon vor Jahren Beisitzer im Bezirksverband Pfalz. Als Verbindendes Glied zw. dem VDFP und der DPVKOM erwähnt er in diesem Zusammenhang die Ausprägung der

Menschen, das Interesse der Kollegen, und wie sie ihre Umgebung wahrnehmen.

Klein meinte weiter, dass die dauernden Organisationsänderungen innerhalb der Telekom, als sportliche Herausforderung betrachtet werden müssten. Durch Wegfall von Standorten ergäben sich längere Fahrzeiten zum Arbeitsplatz, und das immer strengere Zeitmanagement würde eine negative Spirale in Gang setzen. Er beendet sein Grußwort mit der Anmerkung, dass jeder Mensch sich jedoch mit seiner näheren Umgebung identifizieren möchte. Wird dieses Umfeld gestört häufen sich die Krankheitstage und die Wegeunfälle zusehends.



#### Es folgte das **Referat durch Herrn Lothar Schmid, Landesfachbereichsleiter 9 Rheinland-Pfalz, ver.di zur aktuellen Situation bei der Deutschen Telekom AG**

Lothar Schmid sieht ver.di wie eine große Familie mit sehr engen Kontakten zu den beiden Landesregierungen in Rheinland-Pfalz und Saarland. Mit Mahnwachen von über 200 Stunden am Stück und dem Argument "Die Telekom darf sich nicht aus der Fläche zurückziehen", konnte die geplante Schließung von sieben Telekom- Standorten verhindert werden. Als Erfolg blieben sechs Standorte erhalten, auch Dank des Einsatzes der damaligen Landesregierung unter Kurt Beck. Am Thema Netzausbau und IP-Telefonie haben wir großes Interesse, um Arbeitsplätze zu erhalten. Der Netzausbau wird jedoch von der Regulierungsbehörde durch die sofortige Freigabe für andere Anbieter stark eingeschränkt. Mit der jetzigen Zusage für den Einsatz

von Vectoring durch die Bundesnetzagentur kann hier von der Telekom eine Zwischenlösung für schnellen Internetzugang geschaffen werden, was jedoch den Glasfaserausbau nicht ersetzen kann. Schon in vielen Ländern ist der Netzausbau viel weiter fortgeschritten als hier in Deutschland! Es sei verständlich, dass die Telekom sagt, ich investiere doch nicht ins Netz, damit meine Mitbewerber dieses dann kostengünstig nutzen können. Hier muss die Regulierungsbehörde reagieren! Die Telekom brauchen schnelle Netze damit sie ihre Produkte verkaufen kann. Entertain funktioniert in vielen Gegenden, auch Großstadt, nicht. Für den Netzausbau soll zukünftig die Dividende um 50% gekürzt werden. Die neue IP-Telefonie sichert für 3 – 4 Jahre die Arbeitsplätze. Mit dieser Technik bin ich nicht mehr Netzgebunden, sondern kann von überall aus mit meinem Telefon ins Netz. Ist diese Technik allerdings erst einmal am laufen wird dies jedoch mit einem erheblichen Arbeitsplatzabbau im Servicebereich verbunden sein. Das einst geplante starre Netz ist dann nicht mehr nötig. Der erste Stepp mit IP-Telefonie ist voll in die Hose gegangen, da weder das Personal noch die Kunden vorab geschult bzw. informiert wurden. Der jetzige zweite Schritt zur IP-Telefonie wird schleichend eingeführt, durch weglassen von Ersatzteilbeschaffung für die herkömmliche Technik. Auch im Mobilfunk muss dringend auf die Netzqualität geachtet werden! Das heutige Netz ist bereits voll ausgelastet, hier muss dringend auf einen Ausbau gedrängt werden.



Ich selber habe seit meiner 36 jährigen Dienstzeit 21 Umorganisationen bei der Telekom miterlebt. Ein guter und richtiger Schritt für die Kunden ist die Wiederzusammenführung von T-Home, T-Mobile und T-Online unter ein Dach.

Jedoch hat die Telekom geglaubt dass ein Hotline Mitarbeiter im Eingangstor das komplette Fragenspektrum eines Kunden abdecken kann. Dies funktioniert natürlich nicht. Zudem wurde im Kundenservice ein erheblicher Anteil der Hotlines, von über 50 %, an fremde Anbieter ausgelagert. Nun werden diese Mitarbeiter "ingesourst", also ins Unternehmen zurückgeholt, um diesen Anteil wieder massiv nach oben zu fahren, soll heißen, die Telekom stellt ein, was es seit Jahren nicht mehr gegeben hat! Die Situation in den externen Callcentern ist katastrophal. Dort gehen vollbeschäftigte Mitarbeiter bei einer Arbeitszeit von 40 Stunden mit brutto 900 – 1.000 € nach Hause, wobei noch 30 – 40 % ihres Lohnes ergebnisbezogen ist. Ein Teamleiter in solchen Callcentern kommt auf ca. 1.300 – 1.400 € brutto.

Die Telekom bietet hier wesentlich bessere Konditionen, und die Mitarbeiter haben über einen BR ein Mitbestimmungsrecht. Dadurch zieht die Telekom derzeit viele Mitarbeiter aus fremden Callcentern ab. Ver.di Mitarbeiter haben fast keine Möglichkeit in diese externen Callcenter "einzudringen", hier werden den Mitarbeitern massiv Hindernisse in den Weg gelegt.

Aber auch bei der Telekom ist nicht alles gut was die Arbeitsplätze betrifft. Bei T-Mobile in den USA werden Mitarbeiter fast im Stundentakt eingestellt und gefeuert, oder massiv schikaniert.

Zudem lagert die Telekom immer noch bestimmte Arbeiten aus. Bei T-Systems werden Programmierarbeiten nach Indien ausgelagert, Operating Arbeiten nach Ungarn. Zudem sollen 500 Arbeitsplätze der Netzbetreuung nach Rumänien ausgelagert werden.

Auch müssen für die großen Telekommunikationsunternehmen die Finanzmärkte betrachtet werden. Großinvestoren kaufen Anteile dieser Unternehmen auf.

Die EU sagt, das telefonieren in Deutschland sei zu teuer. In neuen Tarifen der Telekom werden Datenpakete, hauptsächlich für Smartphones, geschnürt, welche feste Datenmengen beinhalten. Die Telefonie bekommt man dazu quasi geschenkt.

Kommen wir nun zu den verbliebenen Beamten bei der Telekom. Nur noch einen Fachmann, Werner Nokiell, gibt es bei der Telekom für das Beamtenrecht. Wenn der das Unternehmen verlässt, was kommt dann....

Beamtenteknische Fragen können Telekomintern fast nicht mehr beantwortet werden. Auch in Zukunft müssen jedoch Beförderungsmöglichkeiten über Beurteilungen möglich sein. Für die Jahre 2012, 2013 waren je 2.700 Beförderungsmöglichkeiten vorgesehen. Diese Posten wurden auf die einzelnen Teams verteilt, mit der Vorgabe, der Beste wird dieses Jahr, der Zweitbeste nächstes Jahr befördert. Dies hatte natürlich zur Folge, dass es eine Lawine von Einsprüchen gab. Die Telekom zeigt hier jedoch wenig Interesse tätig zu werden, spart sie doch dadurch bares Geld. Seit Jahren gibt es keine Fortkommensmöglichkeiten mehr. Beförderungen finden dieses Jahr quasi nicht statt. Die Telekom möchte ihre Beamten loswerden, da sie immer Tarif- und Beamtenrecht berücksichtigen muss. Möchte ein Beamter Teamleiter werden, muss er in die Beurlaubung gehen, sein Beamtenstatus läuft jedoch im Hintergrunde weiter. Dies ist derzeit die einzige Möglichkeit des Fortkommens für Beamte. Auch gibt es Schwierigkeiten bei der amtsangemessenen Beschäftigung. Mit dem Einwand solche sei möglich, jedoch nicht hier am Standort, sondern einige hundert Kilometer weiter weg, wird versucht die Beamten einzuschüchtern. Für die Fortkommensmöglichkeiten der Beamten sind auch zu wenige Tätigkeitsfelder im C- Bereich angesiedelt, hier müsste die Telekom die Tätigkeitsstufen anheben, und Aufstiegsmöglichkeiten schaffen.

Seit dem Jahr 2012 erhalten Beamte keine Bonuszahlungen mehr für gute Teamergebnisse, obwohl auch sie zum Erfolg des Teams beigetragen haben.

Derzeit werden die Forderungen für die nächste Tarifrunde aufgestellt. Ein Punkt hierbei ist die Ziel-Systematik. Wir haben zwar schon erreicht, dass mindestens 96 % des Lohnes ausgezahlt werden müssen, unsere Forderungen laufen aber auf die Aufhebung dieser Zielvereinbarung hinaus. Bei den T-Punkten lag der variable Anteil bei 30%, alle wollten nur noch verkaufen, keiner kümmerte sich mehr um die Organisation des T-Punktes.

Im Bereich Kundenservice sind ca. 10.000 Mitarbeiter in Callcentern tätig, welche durch permanente Überwachung übermäßig belastet sind. Mit neuen Tarifverträgen soll diese Belastung reduziert werden, wie damals mit dem Tarifvertrag für persönliche Erhol- und Verteilzeiten.

Soweit ein aktueller Querschnitt über die Situation bei der Deutschen Telekom AG.



Es folgte das **Referat von Herrn Professor Dr. jur. Christian Koch, Universität Speyer, zu Beamtenthemen**



Mit der Bemerkung, nach dem Referat von Herrn Schmid sehe er sich mit seinen dienstlichen Fragen und seinem allgemeinen Überblick schon fast als Außenseiter, stieg Herr Professor Dr. Koch in sein Referat ein. Er meinte, bin erleuchtet dass ein ehemaliges Staatsunternehmen seine Beamten verleugnen lässt, und frage nach der Philosophie. Es stimmt mich nachdenklich, dass wegen des Führungsverhaltens bei der Telekom, eine permanente Präsenz der Arbeitnehmervertreter nötig ist. Den Umgang mit der Führungskultur sollte ein Unternehmen beherrschen. Mein Eindruck ist der, dass man die Beamten zu negativ sieht. Die Herkunft der Telekom ist für

viele Kunden ein Merkmal. Die Telekom hat viele Umorganisationen überlebt, gerade weil es aus einer Behördenstruktur kam, und diese Struktur immer noch mit sich herumträgt. Man betrachte nur das Wechselspiel zwischen Privatisierung und Verstaatlichung, wie z. B. bei der Deutschen Bundesbahn. Die beamtenrechtliche Position hat einen Mehrwert den man kommunizieren müsste.

Es gibt fundamentale Unterschiede zwischen Beamten und Tarifkräften, welche ein existentielles Risiko tragen, und Beamten, welche in einem relativ stabilen Gerüst mit besonderen hoheitlichen Aufgaben leben, die doch eine gewisse stabile Struktur bilden.

Das öffentliche Dienstrecht ist mein Thema, das ich auch an der Uni unterrichte, und von vielen Studenten wahrgenommen wird, obwohl nicht alle Absolventen im öffentlichen Dienst unterkommen.

Was mit der Freigabe der Gestaltung des Beamtenrechtes an die Länder, der Föderalismusreform, möglich geworden ist, zeigt sich relativ behutsam in den Ländern. Wegen des Wettbewerbes unter den Ländern werden Änderungen in den Laufbahnstrukturen nur zögerlich angenommen. Wie viel fachliche Spezialisierung ist erforderlich, gesehen auf die breite der Laufbahn?

Die Erneuerung der Laufbahnstruktur, als Reform, hat zu unterschiedlichen Lösungen in den Ländern geführt. Eine Differenzierung nach Einstiegsämtern lässt sich nicht verleugnen. Am Vierklang, Einfacher-, Mittlerer-, Gehobener- und Höherer Dienst kommt man jedoch nicht vorbei. An den neuen Abschluss Master muss man sich zuerst gewöhnen, ist eine schwierige Umstellung. EU weit ergeben sich Möglichkeiten der Anerkennung, welche sich im Ausland aber noch nicht so recht erkennen lassen. Bürokratische Hürden sind hier immer noch vorhanden. Das Land Bayern geht hier mit seiner Modularisierung einen Sonderweg. Mit den Modulen wird die Aus- und Fortbildung in das jeweilige Laufbahnkonzept integriert. Es bedarf hier einer entsprechenden Führungskultur in der Zuweisung der einzelnen Module.

Was in den neuen Landeslaufbahnstrukturen steckt, ist lebenslanges lernen, auch als Dienstpflicht. Der Fortbildungsbedarf ist als Forderung und Selbstverpflichtung zu sehen. Dazu kommt die Förderung der Binnen- und Außenmobilität. Um die Kompatibilität der Laufbahnen durchzusetzen ist eine bundesweite Mobilität nötig. Auch eine Tätigkeit außerhalb des Öffentlichen Dienstes muss anerkannt werden. Der Leistungsbezogenen Bezahlung sind, schon aus haushalterischer Sicht heraus, Grenzen gesetzt, so wie auch aus Solidaritätsgesichtspunkten.

Beurteilungen müssen oft vor den Verwaltungsgerichten erstritten werden, hier liegt einiges im Argen. Der Beurteilende hat immer prozentuale Vorgaben zu beachten, was nicht erträglich ist. Die Anhörung und Einbeziehung des Beurteilten müsse immer eine Variante sein.

Zu Abordnung und Versetzung brauche ich in ihren Kreisen nichts zu sagen.....

Das vorherige Beispiel (von Lothar Schmid) zeigt die Schmerzgrenzen auf. Jederzeitige Versetzbarkeit gehört jedoch mit zu den althergebrachten Grundsätzen des Beamtentums.

Wenn es um die Fortentwicklung des Beamten geht haben diese nur die Möglichkeit der Klage vor Gericht.

Durch die Föderalismusreform der Länder hat sich eine Gehaltsspirale nach unten ergeben, was so nicht vorhersehbar war. Jedoch will kein Land als schlechter Arbeitgeber im öffentlichen Dienst dastehen. Deshalb wurden die unteren Besoldungsgruppen stärker angehoben, um den Dienst attraktiver zu machen.

Zwischenfrage eines Delegierten:

Bei einer Beförderung ist die Beurteilung maßgeblich entscheidend, jedoch wird oft nach dem "Nasenfaktor" entschieden.

Antwort Professor Dr. Koch: Die Stellschrauben hierzu werden immer schwächer, die schöpferische Vielfalt nimmt zu. Aber auch dies ist eine Frage der Führungskultur. Das menschliche Geschiebe lässt sich nie ausschließen.

Die Lehrtätigkeit hier in Rheinland-Pfalz gilt als hoheitliche Aufgabe, dagegen in Mecklenburg-Vorpommern z. B. unterrichten ausschließlich Tarifkräfte.

Die althergebrachten Grundsätze des Beamtentums sind ein starkes Steuerungsinstrument, so wie auch die Fürsorgepflicht des Dienstherrn.



Die Oberverwaltungsgerichte haben entschieden, es gibt kein Streikrecht für Beamte, zeigen hier klare Kante. Gäbe es das Streikrecht für Beamte würde das Personalrecht ausgehöhlt. Der Dienst ist in voller Hingabe zu verrichten, wie es so schön heißt. Auch wer "Dienst nach Vorschrift" verrichtet verletzt diese Dienstpflicht, jedenfalls nach der strengen Lehre, da die Behörde nicht "gegen die Wand gefahren" werden darf!

Der Europäische Gerichtshof hat derzeit 27 öffentliche Dienste vor sich.

Wir müssen das Ganze aufdröseln, welche Funktionen sind hoheitlich, welche Dienstleistungen?

Nur für hoheitliche Tätigkeiten kann ein Mitgliedsstaat staatseigenen Mitarbeitern einstellen, also keine "Ausländer".

Für Personalakten welche derzeit zum Teil in Papierform und zum Teil in elektronischer Form bestehen wurden zusätzliche Dokumentationen angeordnet, da die Angst besteht die "elektronischen Schlüssel" gehen verloren, und die elektronischen Dokumente können nicht mehr gelesen werden.

Eine amtsangemessene Beschäftigung für einen Beamten liegt nicht vor, wenn dieser in einen Stellenpool (z.B. VIVENTO) abgeschoben wird, wie zum Beispiel bei Stellenüberhang, dies ein Beschluss des Oberverwaltungsgerichtes.

Der Public Compliance (öffentliche Einhaltung), in Unternehmen und Verwaltungen, und die Ermahnung an die Rechtstreue der Mitarbeiter, wird immer größeres Gewicht zukommen. Um die Vertrauensbasis eines Unternehmens zu verbreitern, ist dies das jüngste Kind der Verwaltungsgesellschaften, zum Beispiel bei der Bekämpfung von Korruption.



Frage eines Delegierten: Wer ist der Chef der Bundesbeamten?

Antwort Professor Dr. Klein: Dienstherr für Bundesbeamte ist die Bundesrepublik Deutschland, Verfassungsminister ist der Bundesinnenminister. Die Dienstherreneigenschaft ist der Deutschen Telekom übertragen worden. Der Dienstherr kann jedoch nicht eigenständig das Beamtenrecht ändern, es greift immer die gesetzliche Regelung.

Günter Kries bedankte sich bei den Gästen für Ihre Grußworte und übergab mit Franz Roschkowski allen Gästen ein kleines Präsent.



( Die Delegierten des VDFP der Bezirksvorständetagung in Landau/Pfalz )



Am Folgetag wurde der offizielle Teil der Tagung anhand der Tagesordnung abgehandelt. Nachdem die Tagesordnung bestätigt wurde stellten sich die Delegierten der Bezirksverbände und des Bundesvorstandes vor, und gaben einen kurzen Bericht über ihre Tätigkeiten in den Bezirksverbänden ab. Dabei stellte sich heraus, dass es auf Ortsverbandsebene nur noch wenig Aktivitäten gibt, und die Haupttätigkeiten auf die Bezirksverbandsebene verlagert wurden. In der Aussprache zu den Berichten der Bezirksverbände wurde unter anderem festgestellt, dass die Kassenlage der Bezirke durchweg positiv zu sehen sei, jedoch der Bundesvorstand durch Wegfall der Infopost mit erhöhten Portokosten zu kämpfen hat.

Im Anschluss lies Karl Schäffer den Bundesdelegiertentag (BDT) 2012 in Berlin kurz Revue passieren. Er erinnert an die Gäste, Herrn Bürgermeister Mathias Köhne aus Pankow, und dass es nicht selbstverständlich sei, dass ein BM zu einer VDFP-Veranstaltung kommt, Herrn Ulrich Bösl von der CGPT, Herrn Hans-Joachim Schmalstich von der DPVKOM, Herrn Dipl.-Ing. Norbert Frenzel von der IfKom, und dem Referenten Herrn MdB Klaus Barthel zum Thema Telekommunikation. Vermisst wurde von den Delegierten ein Vertreter von ver.di, welche zur selben Zeit jedoch selbst eine Tagung hatten. Im Referat von Herrn Barthel wurde damals auch der schleppende Netzausbau angesprochen. Karl Schäffer stellte die Frage, ob der Verband hierzu eine Aussage machen sollte?

Schäffer meinte weiter, dass die Ehrung langjähriger, verdienter Mitglieder bei Bundesdelegiertentagen fortgeführt werden sollte, dies war eine gute Sache. Die Satzung aus dem Jahr 1997 wurde grundlegend überarbeitet, ist jetzt einfacher, und beinhaltet nur das Notwendigste, wurde beim BDT genehmigt, und ist in Kraft getreten.

Einen kurzen Ausblick auf den BDT 2014 gab Klaus Wild ab. Er hat bereits ein Angebot für Hamburg vorliegen, und auch der Bezirksverband Nord zeigte sich nicht abgeneigt, und sagte seine Unterstützung zu. Angesprochen wurden auch die anstehenden Wahlen beim BDT, und dass die großen Bezirksverbände sich Gedanken über Beisitzer im Bundesvorstand machen sollten.

Klaus Wild sprach des Weiteren die Möglichkeit der Fusionierung oder der engeren Zusammenarbeit von kleineren Bezirksverbänden an, und meinte, schaut nach links und rechts, ob eine Kooperation mit Nachbarn möglich ist!

Klaus Sprywald machte den Vorschlag, die Neustrukturierung der Bezirksverbände beim nächsten BDT mit aufzunehmen.

Beim Thema VDFP-Nachrichten wurden nochmals angesprochen, dass durch die erhöhten Portokosten sich der Zeitungsversand erheblich verteuert habe, der Verband aber an den vier Ausgaben im Jahr festhalten werde.

Angeregt wurde eine Liste der Mitglieder, welche auf eine Papierausgabe der Zeitung verzichten möchten. Dazu sollte ein Aufruf in der Zeitung erfolgen. Vehement wurde für die Beibehaltung des Kalenders in A5 Größe geworben, dass dies ein sehr gefragter Artikel, nicht nur bei den Mitgliedern, sei.

Wilhelm Nieme gab einen kurzen Bericht über die von ihm geführte zentrale Mitgliederdatei ab, und merkte an, dass unrichtige Adressen, oder Postrückläufer, zur Berichtigung an die Bezirksverbände gesendet werden.

Es folgte eine kurze Diskussion über die geplante Veröffentlichung der Jubilare in der Zeitung, ob dies ohne vorheriges Einverständnis der Betroffenen möglich sei. Angeregt wurde ein Hinweis in der Zeitung, dass die Mitglieder sich gegen eine Veröffentlichung ihrer Jubiläen aussprechen könnten. Ein weiterer Themenpunkt war die ab 01.02.2014 europaweite Einführung von SEPA, und dass ab diesem Zeitpunkt Überweisungen nur noch mit BIC und IBAN möglich sind. Dies erfordere eine Änderung/Umstellung aller Kontodaten. Zu diesem doch sehr komplexen Thema, das alle Vereine und Verbände umtreibt, soll im Herbst diesen Jahres eine Tagung für alle Kassierer einberufen werden.

Als nächstes berichtete Rainer Hofmann über die Homepage [www.vdfp.de](http://www.vdfp.de) deren Pflege er seit Ende 2010 übernommen hat. Er sei gerne bereit Berichte der Bezirksverbände oder Einladungen zu Jahreshauptversammlungen hier einzustellen.

Er wies auf die seit Mitte letzten Jahres eingeführte Rubrik Kleinanzeigen hin, welche bisher nur sehr spärlich von den Mitgliedern genutzt werde. Auf der Service-Seite seien die aktuellen Gehaltstabellen hinterlegt, und auch ein Hinweis auf die Trauerfallbroschüre. Dazu noch das Angebot für Pauschalreisen mit einem Bonus von 5% auf den Reisepreis. Auf der Link-Seite seien eine Vielzahl von interessanten Verbindungen wie z.B. zu Berufsorganisationen, Verbraucherinfos, Fernmeldemusik, ehem. Telekommitarbeitern und vieles mehr zu finden. Hofmann appellierte an alle die Homepage mit Leben zu füllen, und aktuelle Berichte und Informationen zu liefern, damit die Seite nicht nur von den Mitgliedern, sondern auch von anderen Institutionen mehr wahrgenommen wird.



Unter dem Punkt Verschiedenes meinte Dieter Hildner, Bezirksverband Franken, dass sich der VDFP um die nichterfolgten Beförderungen 2012 bei der Telekom kümmern solle. Es sollte hierzu ein Schreiben an den Finanzminister eingereicht werden. Hildner hatte eine vom Bezirk Franken verfasste Vorlage mitgebracht. In der folgenden Diskussion wurden die verschiedenen Möglichkeiten durchgesprochen, dass die Schuld bei der Telekom AG liege, die Beförderungen von den Verwaltungsgerichten gestoppt wurden. Die DT AG müsse die Beurteilungen neu anfordern, erst danach könne befördert werden. Es wurde die Möglichkeit in Betracht gezogen, die Arbeitsdirektorin der DT AG anzuschreiben, und nach dem Stand der Beurteilungs-Richtlinien zu fragen.

Günter Kries schloss die Tagung mit der Bemerkung:

Alles hat ein Ende auch unsere Bezirksvorständetagung hier in Landau. Er erinnert an die sehr gute Verpflegung und Unterkunft hier im Kurpfalzhotel, und wünschte allen Teilnehmern einen guten Nachhauseweg.

Im Anschluss an die Tagung folgte noch eine Führung durch das Geothermiewerk in Landau. RaHo.

